



Wegen IT-Problemen drohen etliche Kleindelikte zu verjähren

Volle Gefängnisse Software-Probleme haben zur Folge, dass das Busseninkasso stockt, Ersatzfreiheitsstrafen stehen auf der Kippe. Als Notmassnahme sind nun Gefängniscontainer im Gespräch.

Bernhard Ott und
Michael Bucher

Wer wiederholt schwarzfährt, kassiert eine Strafanzeige. Zahlt er die Busse nicht, wird er zweimal gemahnt und schliesslich betrieben. Am Ende erhält der säumige Zahler ein Aufgebot für eine Ersatzfreiheitsstrafe von wenigen Tagen. Hundert Franken Busse entsprechen einem Tag im Gefängnis.

Im Kanton Bern werden jährlich 4400 solcher Kurzstrafen vollzogen – normalerweise gestaffelt übers Jahr verteilt. Im letzten Jahr dürften es aber nurmehr wenige gewesen sein, wie Recherchen dieser Zeitung zeigen. Grund dafür ist die Umstellung des Rechnungswesens im Kanton auf ein neues System per 1. Januar 2023. Jährlich zehn Millionen Franken sollen dadurch dereinst eingespart werden.

Einzelne Fälle sind bereits verjährt

Doch der Wechsel ging alles andere als reibungslos vonstatten. Mit der neuen Software war das Busseninkasso «nur noch stark erschwert bzw. teilweise gar nicht mehr möglich», heisst es dazu im aktuellen Tätigkeitsbericht der Berner Justiz. Die Rede ist von «gravierenden Problemen».

Noch eindeutiger äussert sich das Amt für Kommunikation auf Anfrage: «Die Übermittlung hat im Jahr 2023 nicht stattgefunden.» Will heissen: Säumige Zah-

ler konnten nicht gemahnt oder zur Ersatzfreiheitsstrafe aufgeboten werden.

Was erst mal wie eine Bürokratieposse klingt, hat weiterreichende Folgen: Da Ersatzfreiheitsstrafen in der Regel nach drei Jahren verjähren, drängt nun die Zeit. Um ein paar Tausend Ersatzfreiheitsstrafen innerhalb kurzer Zeit vollziehen zu können, fehlt aber der Platz in den Gefängnissen. «Die Regionalgefängnisse sind voll», schreibt das Amt für Kommunikation. Da die Gefängnisse aktuell auch schweizweit «stark ausgelastet» seien, könnten die Strafen auch nicht in anderen Kantonen vollzogen werden.

In «einzelnen Fällen» sei es so bereits zu Verjähren gekommen. Aufgrund der Verzögerung beim Busseninkasso sei «mit weiteren Verjähren zu rechnen». Laut Kanton geht es vor allem um Vergehen wie Schwarzfahren oder Betäubungsmitteldelikte. Wie viele Kleindelinquenten ungeschoren davonkommen könnten, kann das Amt derzeit nicht sagen.

Als Ausweg aus der Misere prüft der Kanton nun die Installation von Containern zur Unterbringung von Gefangenen bei bestehenden Gefängnissen. Dem Vernehmen nach steht dafür insbesondere das Regionalgefängnis Burgdorf im Vordergrund.

Jüngst standen solche Container bereits in Witzwil im Einsatz zur Einquartierung von Gefangenen während der Umbauarbei-

ten. Regierungsrat Philippe Müller (FDP) hat nun angeordnet, diese Container vorläufig als Reserve zu behalten.

Für den Vollzug von mehreren Tausend Ersatzfreiheitsstrafen dürften diese aber kaum ausreichen. Die Kosten für die Installation und die Zumietungen weiterer Container sind laut Amt für Kommunikation «in Abklärung». Die Behörde weist zudem darauf hin, dass auch «zusätzliche Personalkosten für den Betrieb» eingeplant werden müssten. «Zum heutigen Zeitpunkt können keine verlässlichen Angaben zu den effektiven Kosten gemacht werden.»

Befristete Stellen werden verlängert

Klar ist bisher einzig, dass für die «manuelle und zeitaufwendige Nachbearbeitung» des Busseninkassos das Supportteam letztes Jahr «um gut 500 Stellenprozente» befristet aufgestockt werden musste, wie im Tätigkeitsbericht der Justiz zu lesen ist. Der Einsatz dieses Personals werde sich bis Ende dieses Jahres hinziehen, weil die nötigen Anpassungen des neuen Computersystems entsprechend Zeit beanspruchten.

Doch wo liegt genau das Problem? Seit der Umstellung der veralteten Systeme auf die Standardsoftware SAP müssen beim kantonalen Busseninkasso etliche Arbeiten manuell ausgeführt werden, die zuvor automatisiert



abliefern. Bei rund 80'000 Rechnungen, welche die Berner Justiz pro Jahr verschickt, bedeutet dies für die Mitarbeitenden einen massiven Mehraufwand.

«Wir schieben eine Bugwelle an unbearbeiteten Zahlungseingängen vor uns her, deswegen sehen wir nicht sofort, wenn eine Rechnung nicht bezahlt wird», sagte Frédéric Kohler, der Leiter Stabsstelle für Ressourcen der Justizleitung, bereits letzten Sommer gegenüber dieser Zeitung.

Er stellte jedoch klar: «Es gehen keine Rechnungen vergessen.» Es komme lediglich zu Verzögerungen bei Mahnungen – und dadurch auch bei Ersatzfreiheitsstrafen. Dass die Automatismen gerade beim Busseinkasso dermassen stocken, liegt laut ihm vor allem daran, dass SAP als Standardprogramm nicht auf die Bedürfnisse der Justiz ausgerichtet sei.

Die geplante Notlösung des Kantons ist auch der Berner Grossrätin Marianne Schild (GLP) bekannt. Sie ist Mitglied der Sicherheitskommission und hat bis letztes Jahr beim Schweizerischen Kompetenzzentrum für Justizvollzug gearbeitet. Für sie stellen sich bei der angedachten Containerlösung Fragen.

«Bevor wir wegen eines IT-Schlamassels zusätzliche Kapazitäten im Freiheitsentzug aufbauen, muss das Amt versichern, dass die alternativen Vollzugsformen voll und ganz ausgeschöpft werden», sagt Schild auf Anfrage. Sie meint damit etwa elektronisch überwachter Hausarrest oder gemeinnützige Arbeit.

Letzteres ist jedoch laut Kanton bei Ersatzfreiheitsstrafen von Gesetzes wegen nicht erlaubt. Der Hausarrest mit elekt-

ronischer Fussfessel wiederum scheitert oft daran, dass die Verurteilten nicht genügend kooperieren würden.

Wie schlimm wäre es denn, wenn haufenweise Kleinstdelikte ungesühnt bleiben würden? «Würde der Kanton die aufgestauten Ersatzfreiheitsstrafen absichtlich verjähren lassen, hätte das Amt wohl Kosten gespart, aber auch den gesetzlichen Auftrag nicht erfüllt», meint die GLP-Grossrätin. Sie findet aber: «Ersatzfreiheitsstrafen generieren Kosten, deren Sinn man durchaus hinterfragen kann.»

Denn bei jenen säumigen Zahlern, welche tatsächlich die Haft antreten, handelt es sich gemäss Schild häufig um eine Klientel am Rande der Gesellschaft, die man zuerst polizeilich auffindig machen muss. Andererseits führe die Haftandrohung dazu, dass die meisten von ihnen am Schluss doch noch Geld auf-treiben und ihre Bussen bezahlen würden.

Eine separate IT-Kommission gefordert

«Es ist nicht unwahrscheinlich, dass wir am Ende dieses Projekts auf ein Fiasko zurückblicken werden», sagt Schild angesichts der Folgeprobleme, welche die rund 90 Millionen Franken teure SAP-Umstellung nach sich ziehe.

Tatsächlich ist nicht nur das Busseninkasso betroffen. Auch in der Bildungsdirektion harzte es vergangenen Frühling, so wurde etwa bei Klassenhilfen monatelang der Lohn nicht bezahlt. «Völlig unbekannt» ist gemäss Schild denn auch, ob der Kanton Schadenersatzansprüche geltend machen kann oder nicht.

«IT-Beschaffungen sind aus meiner Sicht das Verwaltungsproblem Nr. 1, nichts anderes verursacht so viel Ärger», meint die GLP-Politikerin. Deshalb fordern sie und ihre Fraktion eine separate IT-Kommission. Schliesslich gebe es ja auch eine Baukommission, die kostspielige Bauvorhaben begleite.

Auch in der Bildungsdirektion harzte es, so wurde etwa bei Klassenhilfen monatelang der Lohn nicht bezahlt.



In solchen Containern sollen Kleindelinquenten ihre kurzen Ersatzfreiheitsstrafen absitzen. Die Container stehen derzeit ungenutzt bei der Justizvollzugsanstalt Witzwil. Fotos: Raphael Moser



Einblick in eine derzeit nicht genutzte Containerzelle. Diese müssen für einen nächsten Einsatz zuerst renoviert werden.